

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Fußball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

Hallo! Wahlhelfer der Liste 4!
Donnerstag 19.30 Uhr findet im Keglerheim eine öffentliche Versammlung der Liste 4 statt.

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 20. August 1930 Nummer 193

Angriff auf die Betriebe!

Roter Appell / Kampf gegen Unternehmervorstoß und Diktatursteuern / Verstärkt die Wahlarbeit für Liste 4!

Der Angriff des Unternehmertums auf die Arbeitermassen verstärkt sich. In Sachsen versuchen die Unternehmer in den verschiedensten Betrieben den Lohnabbau durchzuführen und die Arbeitszeit zu verlängern. Die sächsischen Arbeiter beginnen gegen die Unternehmerangriffe zur Gegenwehr überzugehen. In einigen Betrieben haben Metallarbeiter und Textilarbeiter die Arbeit eingestellt. Diese Streiks werden aber noch rein beschränkt geführt. Sie erhalten nicht die notwendige Unterstützung durch die Gesamtarbeiterschaft. Ihre Vertretung und Ausdehnung gegen die Unternehmerangriffe ist eine im Interesse der Gesamtarbeiterschaft dringend gebotene Aufgabe. Die Holzarbeiter stehen im Kampf. Die Metallarbeiter sind immer noch in tariflosem Zustand. Ende August laufen die Tarife der Tabakarbeiter, der Glas- und Papierarbeiter ab. Im September gehen die Tarifverträge in den heimischen Betrieben zu Ende. Der Tarif der Gewerkschafter läuft Ende September ab.

Die Arbeiter dürfen nicht dulden, daß mit Eintreten eines tariflosen Zustandes die Unternehmer willkürlich in einzelnen Betrieben die Löhne drücken, um damit zu einem allgemeinen Lohnabbau zu kommen.

Die gesamte Front der Arbeiter muß den Kapitalisten entgegenstehen. Gegen die streikenden Arbeiter werden alle Mittel des Staatsapparates eingesetzt, um die Streikbewegungen abzuwürgen und das Proletariat niederzukämpfen. Die Reformisten, die nicht wagen, sofort offen gegen die Arbeiter aufzutreten, werden durch Zermürbungsstrategie die Arbeiter dem Unternehmertum auszuliefern. Dabei schließen die Reformisten wie in Mansfeld und Nordwest auch in Sachsen offene Bündnisse mit dem faschistischen Staatsapparat.

In Plauen trafen die Reformisten ein Abkommen mit der Polizei über Streikpostenstellen und teilten ein, daß durch die Polizei die als Streikposten ausmarshierenden Erwerbslosen von der Straße betrieblen werden.

Von den Nationalsozialisten wurde, wie in Mansfeld und Nordwest, auch in Plauen beim Vorangriff der Streikbruch organisiert und betrieben.

Es ist die Aufgabe der Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition, den in Sachsen vorhandenen Streikbewegungen größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die einzelnen betrieblichen Streiks müssen von der Gesamtpartei und der KPD mehr unterstützt, die kämpfenden Arbeiter müssen von den Parteimitgliedern auf die Gefahr des Verrats durch die reformistische Gewerkschaftsopposition hingewiesen werden.

Die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition müssen alle Kräfte anspannen, um die Bewegung über die einzelnen Betriebe hinaus auszudehnen, weitere Betriebe in die Bewegung einzubeziehen.

Die verschiedenen Betriebsräte müssen die Kampforganisation fördern. In Betriebsversammlungen sind Solidaritätsentscheidungen für die streikenden Arbeiter anzuschließen. Es müssen Forderungen für die finanzielle Unterstützung der Bewegung gestellt, Kampfprogramme für die einzelnen Betriebe aufgestellt und vorbereitende Kampfausschüsse gebildet werden.

Diese Aufgabe steht in engem Zusammenhang mit der Führung des Wahlkampfes für die kommunistische Partei für den Sieg der Liste 4.

Das Schwerkraft dieses Wahlkampfes ist auf die Betriebsarbeit zu verlegen.

Mit den Vorstößen des Unternehmertums, mit dem Wachen der Rolle der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland verschärfen sich die Angriffe des Finanzkapitals zur Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur.

Einmaliger Einmarsch der Polizei gegen Streikposten, Niederschlagung demonstrierender Arbeiter, Einmarsch der Polizei wie in Dresden für die Kulturreaktion sind an der Tagesordnung. Offen vorläufig die Treiber des Finanzkapitals die Verschärfung der diktatorischen Maßnahmen. Die Zentrumspresse und die Presse der Deutschen Volkspartei erklären, daß der Reichstag wieder aufgelöst werde, wenn keine Zusammenlegung nicht dem Interesse des Finanzkapitals entspricht. Die Bildung der Staatspartei, der Zusammenschluß der Demokraten mit dem faschistischen Jugenddeutschen Orden kennzeichnen die faschistische Entwicklung der Kleinbürgerlichen Parteien, deuten das Ende der Demokratie an. Die Solidaritätserklärung des Reichsbanners mit der Staatspartei zeigen die Front der faschistischen Reaktion von der Sozialdemokratischen Partei bis zu den Nationalsozialisten, zwischen denen ein Bündnis mit den Deutschen Nationalen unter Hugenberg besteht.

Die unter Ausschaltung des Reichstages durchgeführte Notverordnung bringt eine ungeheure Verschärfung der breiten Massen der Werktätigen und ist ein Vorzeichen weiterer verschärfter Angriffe auf die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung. Die allgemeine Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern, der Zusammenbruch einer großen Menge Mittel- und Kleinbetriebe, die Massenverwerflichkeit, die Ausdehnung der Krise

auf die Agrarwirtschaft, die rapide Verschlechterung der sozialen Lage der werktätigen Massen sind deutliche Zeichen des Zerfalls der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Demgegenüber zeigt die ständig wachsende Industrialisierung, der Ausbau neuer gewaltiger Großbetriebe, die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, der Ausbau von Kollektiv- und Sowjetgütern, die Einführung des Siebenstundentages und der Fünflogerwoche, die ständige Neuembelebung von Arbeitern in den Produktionsprozessen, die planmäßige Senkung der Erwerbslosigkeit in der Sowjetunion vor den breiten Massen, daß nur der

Kommunismus die Rettung aus Not und Elend, aus Young-Planerei und wirtschaftlichem Zerfall ist.

Der Reichstagswahlkampf ist ein Mittel zur Mobilisierung der breiten Massen für die revolutionäre Bewegung, zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der Errichtung eines Sowjetdeutschlands.

Die Auslösung und Einleitung der Tageskämpfe, die Durchführung von Streikbewegungen gegen Lohnabbau, für den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich, die Ein-

„Die Kommunisten werden den Vogel abschießen!“

120 000 Versammlungen! / Eroberung der Betriebe! / Größte Initiative! Die bürgerliche Journaille schäumt vor Wut

Dresden, den 20. August.

„Eine Domäne von Wahlpropaganda wird über uns hinweggehen.“ schreibt gestern abend das „Berliner 6-Uhr-Abendblatt“. 34 000 Versammlungen hat Hitler angeordnet. Aber, fährt die bürgerliche Journaille mit verärgelter Wut fort:

„Den Vogel allerdings dürfen die Kommunisten abschießen, bei denen das genaue Programm erst in einigen Tagen festgelegt wird, die aber ihre letzte Wahlpropaganda noch bei weitem übertreffen wollen. Wurden damals 60 bis 70 000 Versammlungen abgehalten, so sollen es diesmal 100 000 bis 120 000 sein. Allerdings unterscheiden sich die kommunistischen Wahlversammlungen von denen der anderen Parteien insofern, als sie zum großen Teil Betriebsversammlungen sind, die stellenweise sogar in den Betrieben selbst abgehalten werden. Für die Wahl ist die ganze kommunistische Partei mobilisiert. Es sollen neue Propagandamethoden angewandt werden, und der Wahlkampf soll auf breiterer Basis als bisher, noch viel lebendiger und mit mehr Initiative geführt werden.“

Jamahl, mit Kommunisten werden den Vogel abschießen. Wir werden in diesem Wahlkampf die Betriebe und Stempelstellen für uns und die Arbeiter und Arbeiterinnen für uns gewinnen. Wir werden das Programm des Kommunismus aufs Land, in die Büros, zu den Mittelständlern tragen. Wir werden in die gegnerischen Versammlungen gehen, die Wahlversprechungen der Volkseinde entlarven. Wir werden die außerparlamentarische Kampffront organisieren zur Niederschlagung des Faschismus. Unter dem Banner der Liste 4 der kommunistischen Partei werden die Massenmassen der Ausgebeuteten zum Siege greifen!

Wächtiger Aufstau im Ruhrgebiet

Zu dem gewaltigen Industriegebiet an der Ruhr löst die kommunistische Partei, wie überall, mit mächtigem Elan vor. Kleine Wahlkundgebungen finden täglich statt. In den Schächten und Eisenhütten, den Profabrikaten, werden Versammlungen organisiert, in denen für die KPD, das Ruhr-Echo und die Liste 4 geworben wird. Bisher fanden, wie das Ruhr-Echo berichtet, bereits 34 öffentliche Wahlkundgebungen mit 73 000 Besuchern, 16 Versammlungen in Bergbauschächten statt, die von 6163 Kumpeln besucht waren. Bis zum 2. September sollen 100 weitere Betriebsversammlungen mit mindestens 80 000 Besuchern organisiert werden.

Unaufhörlich dringt die Partei vor, schart sie die Massen um ihr Kampf- und Siegesbanner, gewinnt sie viele hunderte

neuer Parteimitglieder und Mitglieder der revolutionären Massenorganisationen, gewinnt sie viele hunderte neuer Leser für die kommunistische Presse.

Überall schreitet die KPD im Sturmschritt voran, trommelt sie das Millionenheer zum Kampf um die Sowjetdiktatur zusammen und wird am 14. September zum Generalaufmarsch mit der Millionenwählermasse für die Liste 4 die erste Musterung halten.

Glänzende Rundgebung in Großröhrsdorf

Großröhrsdorf, den 20. August

Gestern fand in Großröhrsdorf eine Riesenerkundung der KPD statt, in der Genosse Siegel, M. d. L., sprach über: „Thälmann — Mahaux — Hitler“. Vor der Versammlung in der Krone sprach der Genosse Siegel auf dem Rathausplatz in einer Massenrundgebung unter freiem Himmel. Die Nazis hatten in der Versammlung zwei Disfunktionsredner gestellt, die die Nazibewegung in Großröhrsdorf durch ihre lächerlichen Ausführungen vollkommen kompromittierten. Der Jungdofandbat und Tischhobstant Mendel junior hatte in der Zeitung kein Erscheinen zu dieser Versammlung abgelehnt, weil die Kommunisten sie „lediglich aus Agitationszwecken“ organisiert hätten.

Die Versammlung selbst war von begeisterter Kampfstimmung getragen. Den Arbeiterfeldern trugten die Großröhrsdorfer Proletarier, daß sie Schlus machen werden mit dem bisherigen Kurs, daß sie bereit sind, mit der KPD für eine Sowjetmacht zu kämpfen. Dieser Riesenerfolg im Röhrsdorf zeigt, wie hürnisch die kommunistische Partei vorwärts marschiert und das Vertrauen der Massen erobert. Weiter vorwärts für den Sieg der Liste 4!

72 000 Mark für sich

Lohnraub, Arbeitslosigkeit für die Proleten

Berlin, 20. Aug. (Eig. Drahtbericht.)

SPD-Prolet mit 72 000 Mark Jahresgehalt verlangt für die BWS einen Lohnabbau von nahezu 10 Prozent für 27 000 Berliner Verkehrsarbeiter in der Form durchzuführen, daß je 2 Reichsmark pro Monat eingeführt werden. Die roten Betriebsräte stellen die Forderung auf Siebenstundentag und Lohnausgleich, die Abschaffung der Feiertagslöhne und Entlassungen, die Herabsetzung der Reisegehälter für Prolet und Jungarbeiter auf höchstens 500 Mark und die Wiedereinführung des Einheitstarifs von 20 Pfennig. Die SPD-Betriebsräte haben diese Forderungen abgelehnt. Heute findet die Abstimmung der Berliner Verkehrsarbeiter statt.

„Der rollende Sowjetrubel“

trägt die Schuld an der Verelendung der deutschen Erwerbslosen. So behaupten es die Nazis in ihrem Flugblatt, in dem sie zur morgigen Erwerbslosenversammlung mittags 13 Uhr in den Annensälen einladen. Ein kommunistischer Diskussionsredner wird diesen antibolschewistischen Troßknechten der Kriegstreiber und Börsenfürsten der ganzen Welt antworten. Erzwingt ausführliche Diskussionsfreiheit!

Auf in die Annensäle, morgen mittag 1 Uhr!